



Stellungnahme des Deutschen Studentenwerks (DSW) für das öffentliche Fachgespräch „Wohnungsnot in Hochschulstädten“ vor dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit am 23.09.2015

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) ist der Dachverband der 58 Studentenwerke in Deutschland, die als öffentliche Körperschaften Aufgaben der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Förderung der Studierenden wahrnehmen. Zu den Kernaufgaben der Studentenwerke gehört die Versorgung von Studierenden mit preisgünstigem und studiengerechtem Wohnraum in Studentenwohnheimen. Bundesweit gibt es 238.388 öffentlich geförderte Wohnplätze, davon stellen die Studentenwerke rd. 189.500 Wohnplätze zur Verfügung (80%). Die meisten dieser Plätze befinden sich in Studentenwohnheimen. Vielerorts haben die Studentenwerke zudem bei Dritten Wohnplätze auf eigenes wirtschaftliches Risiko angemietet, um diesen Wohnraum bedürftigen Studierenden zur Verfügung stellen zu können. Alle Wohnplätze werden von den Studentenwerken entsprechend ihrem öffentlichen Auftrag bewirtschaftet.

1. Wohnungssituation für Studierende regelmäßig zum Wintersemester sehr angespannt

Insbesondere in den klassischen Hochschulstädten sowie vielen Großstädten und Ballungsgebieten ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt für Studierende und insbesondere für Studienanfänger gerade zu Beginn des Wintersemesters sehr angespannt. Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

- Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger ist von 2008 bis heute um 50% und die der Studierenden insgesamt um 39% gestiegen, von 1,94 auf 2,7 Millionen, absolut also um 760.000.
- Die Zahl der internationalen Studierenden beträgt inzwischen über 300.000, Mitte der 1990er Jahre waren es nur 120.000.
- Bis zu 80% der Bachelor-Absolventen schließen unmittelbar bzw. zeitnah ein Master-Studium an, damit bleibt die Zahl der Studierenden insgesamt auf hohem Niveau.
- Rd. 80% der Studiengänge an den Hochschulen starten im Wintersemester, dadurch ist auch keine Verlagerung des Studienbeginns auf das Sommersemester möglich.
- Demgegenüber hat der Ausbau der staatlich geförderten Wohnheimplätze bei weitem nicht mit dem Anstieg der Studierenden Schritt gehalten. Vielmehr wuchs die Zahl der staatlich geförderten Wohnheimplätze im gleichen Zeitraum nur um 5%. Die bestehenden Wohnheimkapazitäten reichen infolgedessen vielerorts nicht mehr aus.

2. Studierendenzahl bleibt über 2025 hinaus auf hohem Niveau

Nach aktuellen Berechnungen der Kultusministerkonferenz werden insbesondere die Studienanfängerzahlen sowie die Studierendenzahlen insgesamt dauerhaft hoch bleiben und in

den Metropolen entsprechend der demografischen Entwicklung sogar mittel- bis langfristig steigen. Bis 2020 erwartet die Kultusministerkonferenz noch rund eine halbe Million Studienanfänger jährlich und danach nur einen geringfügigen Rückgang auf 465.000 bis 2025. Auch dafür gibt es Gründe:

- 1990 lag der Anteil der Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung bundesweit bei 34%, heute sind es über 55%. Entsprechend studieren wesentlich mehr Schulabsolventen, inzwischen beträgt die Studienanfängerquote 51,4% (2012) eines Altersjahrgangs.
- Die Wissenschaftsminister/innen von Bund und Ländern haben 2013 beschlossen, die Zahl der ausländischen Studierenden bis 2020 auf 350.000 zu steigern. Diese Steigerung auf 350.000 stellt nur eine statische Fortschreibung des aktuellen deutschen Anteils an der Gesamtzahl der weltweit mobilen Studierenden dar. Deren Zahl wird bis 2020 ebenfalls steigen, sofern Deutschland auf seiner sehr stark gestiegenen Attraktivität als internationaler Hochschulstandort anteilsmäßig stärker davon profitiert, ist eine wesentliche Überschreitung der Zielzahl 350.000 zu erwarten.
- Die weiterhin hoch bleibenden Studienanfänger- und Studierendenzahlen sind daher nicht auf Einmaleffekte wie doppelte Abiturjahrgänge oder die Aussetzung der Wehrpflicht zurückzuführen.

3. Erheblicher Bedarf an preisgünstigem, von Studierenden bezahlbaren Wohnraum

Vor allem Studienanfänger/innen, ausländische Studierende und Studierende mit einem geringen Einkommen sind auf Wohnheimplätze angewiesen, wie die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks immer wieder darlegen. Denn gerade Studierende mit einem schwachen Einkommen konkurrieren auf dem freien Wohnungsmarkt mit Menschen mit geringen bzw. mittleren Einkommen.

Rd. 27% der deutschen Studierenden verfügen nach der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 2012 über Einnahmen unter dem aktuellen BAföG-Höchstsatz von 670 Euro monatlich, die Budgets ausländischer Studierenden liegen häufig sogar niedriger. Das Wohnheim ist daher die beliebteste und häufigste Wohnform gerade auch ausländischer Studierender. 37% von ihnen leben im Wohnheim. Von den rd. 188.000 Wohnheimplätzen der Studentenwerke sind rd. 66.000 von ausländischen Studierenden belegt.

Ein Platz in einem Studentenwohnheim ist für Studierende weiterhin die deutlich preisgünstigste Wohnform – abgesehen vom Elternhaus. Die durchschnittliche Monatsmiete in den Studentenwohnanlagen der Studentenwerke betrug zum 31.12.2014 einschließlich aller Nebenkosten lediglich 233,76 Euro. Die 20. Sozialerhebung 2012 bestätigt, dass die Ausgaben für Miete und Nebenkosten das studentische Budget weitaus am stärksten belasten.

Das Deutsche Studentenwerk veranschlagt daher einen bundesweiten Bedarf an zusätzlichen preiswerten Studentenwohnheimplätzen von mindestens 25.000. Dieses entspräche einem Investitionsvolumen von rd. 1,6 bis 1,8 Mrd. Euro und einem Zuschussvolumen von rd. 800.000 Mio. Euro, legt man die bayerische Förderung von 32.000 Euro/Platz zugrunde. Mittels dieser Zuschussförderung kann eine Miete inkl. Nebenkosten, Ausstattung und Internetanschluss von rd. 250 Euro ermöglicht werden, entsprechend der ab 1.10.2016 geltenden BAföG-Wohnpauschale in Höhe von 250 Euro monatlich.

4. Modellvorhaben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Das Deutsche Studentenwerk begrüßt ausdrücklich die aktuelle Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) im Rahmen des Forschungsvorhabens „Modellvorhaben nachhaltiges Wohnen für Studenten und Auszubildende“ 120 Mio. Euro auch für die Schaffung von studentischem Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dieses kann aber nur ein Anfang sein. Das beabsichtigte Finanzvolumen insgesamt sowie die nach unserem Kenntnisstand voraussichtliche Zuschusshöhe von lediglich bis zu 500 Euro pro m² Wohnfläche reichen bei weitem nicht aus, die Bedarfe an zusätzlichem studentischem Wohnraum auch nur annähernd zu decken. Hinzu kommt, dass das Modellvorhaben als Forschungsprogramm eben nicht originär auf die sozialen Bedarfe von Studierenden ausgerichtet ist. Wir hoffen dennoch, dass die Studentenwerke, die einen sozialen Auftrag und eine soziale Verantwortung haben, im Rahmen dieses Programms den einen Teil des dringend benötigten preisgünstigen und bezahlbaren Wohnraums für Studierende schaffen können.

Berlin, 14.09.2015

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks